



Bundestags- brief

Nr.287 •Die Woche im Bundestag• 26.03.2021



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters MdB**

Tel.:030/227 70222

Fax:030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Für ein Nationales Institut für Fotografie

Um das fotografische Kulturerbe systematisch bewahren zu können, soll ein neues nationales Institut für Fotografie die Vor- und Nachlässe hervorragender deutscher Fotografinnen und Fotografen sammeln.

Zudem soll es die Forschung in Fragen der Restaurierung und Konservierung weiter vorantreiben und die Ergebnisse durch Ausstellungen, Publikationen und Veranstaltungen vermitteln.

Wie ein solches Institut aussehen könnte, beantwortet nun eine Machbarkeitsstudie. Konkretisiert wird darin nicht nur der Raumbedarf für das Institut, das ja den hohen technischen Ansprüchen der Archivierung empfindlicher Materialien gerecht werden muss. Die Studie gibt auch eine Kostenprognose und enthält einen Vorschlag für einen Stellenplan.

Als Ergebnis einer funktionalen Standortanalyse empfiehlt die Studie, das Institut in Essen zu errichten. Damit bestätigt sie die Empfehlung einer Expertenkommission aus dem vergangenen Jahr. Essen ist nicht nur eines der wichtigsten Zentren für Fotografie in Deutschland, es verfügt auf dem Gelände der Zeche Zollverein auch über einen hoch geeigneten möglichen Standort.

Als nächsten Schritt empfiehlt das Gutachten die zeitnahe Einsetzung eines Aufbaustabs. Er soll die Entwicklung des Instituts begleiten und weitere konzeptionelle Präzisierungen erarbeiten.

Die Machbarkeitsstudie hatten wir im Frühjahr 2020 bei der Beratungsagentur Partnerschaft Deutschland GmbH in Auftrag gegeben. Zuvor hatte eine Expertenkommission unter Leitung des Fotokurators Thomas Weski ein Konzept zur Errichtung eines Foto-Instituts vorgelegt.

Wir setzen auf Aufklärung und Transparenz

Die Ereignisse der vergangenen Tage und Wochen – die Vorwürfe gegen einzelne Abgeordnete – waren verstörend und haben uns auf eine harte Belastungsprobe gestellt.

Wir haben umgehend reagiert. Mit Aufklärung, Transparenz und einem Verhaltenskodex wollen wir verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Der Geschäftsführende Fraktionsvorstand hat eine 10-Punkte-Transparenzoffensive vorgestellt, an deren Umsetzung wir bereits arbeiten – sehr zügig, aber auch mit der erforderlichen Sorgfalt.

Mitglied des Deutschen Bundestages zu sein, ist Ehre und Verpflichtung zugleich. Wer dieses Amt ausüben darf, muss sich dabei allein am Nutzen für das Gemeinwohl orientieren. Das ist und das bleibt unser Anspruch.

Union muss in Pandemie zusammenführen

Wir sind in Deutschland in einem schwierigen Spagat. Auf der einen Seite sehen wir große Erschöpfung in den Familien, in den Schulen, in den Unternehmen, in der Kultur, Geschäften und bei Selbständigen. Andererseits sehen wir wieder steigende Infektionszahlen und wachsende Belastungen des medizinischen Personals und der Krankenhäuser.

Auch wenn der Wunsch, wieder zur Normalität zurückzukehren, zutiefst verständlich ist, können wir noch keine Entwarnung geben. Lockerungen zum falschen Zeitpunkt würden die Pandemie leider immer nur noch weiter verlängern. Das ist unpopulär, entspricht aber auch den Einschätzungen der Wissenschaftler.

Das Krisenmanagement des Bundes und der Länder unterstützen wir als Fraktion, in dem wir die vielen Hinweise weitergeben, die wir aus unzähligen Gesprächen in den Wahlkreisen mitnehmen.

Für uns alle gilt es jetzt durchzuhalten, denn in diesen Tagen entscheidet sich, wie wir den Sommer verbringen können.

Studie zur digitalen Nachrichtenkompetenz zeigt Handlungsbedarfe auf

Wie wirkt sich diese veränderte Mediennutzung auf die Fähigkeit der Bevölkerung aus, Nachrichten zu verstehen und Informationen zu bewerten? Wertvolle Einblicke und erste Antworten auf diese wichtige Frage gibt die neueste Publikation der Stiftung Neue Verantwortung, die am 22. März 2021 veröffentlicht wurde und unter anderem auch aus Mitteln der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gefördert wurde.

Die Art und Weise, wie wir Nachrichten konsumieren und uns über Neuigkeiten informieren hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Informierte Bürgerinnen und Bürger sind Basis freier gesellschaftlicher Meinungsbildung und Demokratie. Die Nachrichten- und Informationskompetenz der Bevölkerung war dabei selten wichtiger als heute, gerade in Zeiten der Pandemie, von ökonomischen Krisen oder immer stärker polarisierenden Wahlkämpfen.

Für die Studie „Quelle Internet? – Digitale Nachrichten- und Informationskompetenzen der deutschen Bevölkerung im Test“ wurde im Herbst 2020 eine repräsentative Stichprobe für die deutschsprachige Bevölkerung mit Internetzugang in Deutschland ab 18 Jahren durchgeführt. Bundesweit wurden in Online-Interviews 4.191 Nutzerinnen und Nutzer befragt und getestet. Es handelt sich dabei um einen der weltweit ersten bevölkerungsrepräsentativen Tests zu Informations- und Nachrichtenkompetenzen.

Die Studie zeigt: Bei der Nutzung des Internets und der Sozialen Medien fehlt es oft an ganz konkreten Kenntnissen und Fähigkeiten zur Identifikation unabhängiger Informationen, von Interessenkonflikten oder Werbung oder zur Unterscheidung zwischen Nachrichten und Meinungsbeiträgen. In fast allen Kompetenz-Bereichen schneiden die Deutschen den Ergebnissen der Studie zufolge überwiegend mittelmäßig bis schlecht ab.

Deshalb müssen wir das Bewusstsein für den Wert seriöser und unabhängiger Informationen stärken - von der Schule, über die berufliche Weiterbildung bis hin zur Erwachsenenbildung.

Wir stellen die finanziellen Weichen für Europas Zukunft

Der endgültige Durchbruch beim Mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2021-2027) gelang unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft im vergangenen Jahr.

In einem historischen Akt der Solidarität verständigten sich die Mitgliedstaaten auch auf das zeitlich begrenzte und einmalige Aufbauinstrument „Next Generation EU“. In dieser Woche haben wir beiden Beschlüsse im Deutschen Bundestag zugestimmt. Wir erwarten und erhoffen uns aus Brüssel und den Mitgliedstaaten eine „immer bessere Union“. Eine schlagkräftige EU, die zielstrebig an ihrer eigenen Souveränität in Wirtschaft, Gesundheit, Nachhaltigkeit, Forschung und Verteidigung arbeitet.

Anpassung des Filmfördergesetzes

Im Deutschen Bundestag haben wir die Aktualisierung des derzeit geltenden Filmfördergesetzes diskutiert. Dieses ist bis zum 31. Dezember 2021 befristet. Der neue Entwurf sieht pandemiebedingte Anpassungen vor, so wird etwa die Möglichkeit geschaffen, die Kinoauswertung unter bestimmten Voraussetzungen durch eine Online-Auswertung auf entgeltlichen Videoabrufdiensten zu ersetzen. Außerdem sollen künftig bei Filmproduktion ökologische Belange berücksichtigt werden müssen.

61 Milliarden Euro für deutsche Hochschulen

Im Jahr 2019 haben die öffentlichen, kirchlichen und privaten Hochschulen in Deutschland insgesamt 61 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung ausgegeben. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, stiegen die Ausgaben innerhalb nur eines Jahres damit um rund 7 Prozent.

Die prozentual höchste Ausgabensteigerung gegenüber dem Vorjahr ergab sich erfreulicherweise mit 9 Prozent bei den Kunsthochschulen, für die von niedrigerem Niveau ausgehend insgesamt rund 770 Millionen Euro aufgewendet wurden. Mit einem Anteil von rund 60 Prozent waren die Personalausgaben der größte Ausgabeposten der Hochschulen.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)